

genommen worden war (C.a., 8/2002:Ü5; 12/2003:Ü11).

## **Organtransplantationen nur noch für Angehörige von Hingerichteten**

Unter internationalem Druck hat die Chinesische Ärztevereinigung im Oktober in Aussicht gestellt, die Entnahme von Organen Hingerichteter zukünftig zu unterbinden. Transplantationen sollen demnach auch nach Einwilligung der Spender nur noch gestattet sein, wenn der Empfänger ein naher Familienangehöriger ist.

Nachdem die weit verbreitete Praxis der Organentnahme bei Hingerichteten in der Volksrepublik von internationaler Seite lange Jahre kritisiert worden war, gestand die chinesische Regierung derartige Missstände erst im vergangenen Jahr ein. Im Mai 2007 trat daraufhin eine Bestimmung des Gesundheitsministeriums in Kraft, die die Organentnahme von der vorherigen Einwilligung des Spenders abhängig macht.

Nach Ansicht des Weltärztebundes, die in einer Resolution vom Mai 2006 dargelegt wurde, reicht die Forderung nach vorheriger Einwilligung durch den Spender im Fall inhaftierter Personen nicht aus, da diese nicht in der Lage seien, die Entscheidung auf der Grundlage freier und informierter Wahlmöglichkeit zu treffen. Ebenfalls im Jahr 2006 hatte der Weltärztebund die Chinesische Ärztevereinigung aufgefordert sicherzustellen, dass seine Mitglieder sich nicht an der Organentnahme von exekutierten Personen beteiligten. Auf einer Tagung des Weltärztebundes, die im Oktober 2007 in Kopenhagen stattfand,

reagierte die Chinesische Ärztevereinigung auf diese Forderungen nun erstmals mit einer Zusage, Organtransplantationen nur noch für Angehörige Hingerichteter zuzulassen, ohne allerdings eine zeitliche Frist für die Umsetzung zu benennen.

Laut Angaben des chinesischen Gesundheitsministeriums wären jährlich rund 1,5 Mio. Organtransplantationen medizinisch angezeigt, tatsächlich durchgeführt werden könnten allerdings nur rund 10.000 derartiger Operationen im Jahr. Stammen nach Angaben eines Vertreters der Gesellschaft für Organtransplantation, die der Chinesischen Ärztevereinigung angehört, in der Vergangenheit rund 95% der transplantierten Organe von Inhaftierten, so sei dieser Anteil im Zuge der Restriktionen seit dem Jahr 2006 signifikant gesunken. Angesichts des Rückgangs sei es umso wichtiger, Organspenden durch Familienangehörige und Organentnahmen bei hirtoten Menschen zu fördern; von Letzteren stammten in den USA beispielsweise bis zu 50% der transplantierten Organe. (CD, 9.10.07; SCMP, 8.10.07; FAZ, 11.10.07)

## **Bildung und Wissenschaft**

Günter Schucher

### **China verjüngen durch Wissenschaft und Bildung**

Wissenschaft und Bildung wurden vom Generalsekretär der KPCh, Hu Jintao, in seinem Bericht an den XVII. Parteitag verschiedentlich erwähnt, ganz prominent im Abschnitt über das „wissenschaftliche Ent-

wicklungskonzept“. Entwicklung, so Hu, sei der erste wesentliche Punkt des Konzepts und Wissenschaft und Bildung würden zur Verjüngung des Landes beitragen, man müsse eine Strategie der Stärkung durch Talente (als hochqualifizierte Fachkräfte) verfolgen und die Qualität und Effizienz von Entwicklung heben. In diesem Sinne müsse der Entwicklungsmodus geändert werden.

China habe bereits signifikante Fortschritte bei der Hebung der eigenen „unabhängigen Innovationsfähigkeit“ gemacht und habe sich den Reihen der innovationsorientierten Länder angeschlossen. Künftig müssten diese Fähigkeiten zur „unabhängigen Innovation mit chinesischen Charakteristika“ gesteigert und ein Land vom „Typ Innovation“ aufgebaut werden. Dies sei der Kern der nationalen Entwicklungsstrategie und der Schlüssel zu Hebung der umfassenden nationalen Stärke. Insofern müsse der Aufbau eines nationalen Innovationssystems beschleunigt werden, innovative Elemente müssten stärker mit den Wirtschaftsunternehmen verknüpft und die Umsetzung technologischer Errungenschaften in die tatsächliche Produktion gefördert werden.

Dieser bereits seit einiger Zeit betriebene Kurs, der nicht mehr nur noch allein auf Technologieimport und die (z.T. erzwungene oder illegale) Nutzung ausländischer Technologien setzt, führt vom „made in China“ zum „created in China“. Fachleute haben seit Langem vermutet, dass damit auch chinesische Firmen selbst anfällig für Technologieklau werden. Entsprechend ist es nur folgerichtig, dass Hu Jintao auch die Verwirklichung von Strategien zum Schutz

intellektuellen Eigentums forderte – wenn es auch wohl mit deren Umsetzung noch dauern wird.

Folgerichtig ist auch, dass er der Bildung Priorität einräumte und Bildung zum Eckpfeiler der nationalen Verjüngung erklärte. Dabei legte er besonderes Gewicht auf Bildungsgerechtigkeit (s. Rubrik „Gesellschaft“) und die Anhebung der Bildungsqualität. Im Einzelnen versprach er, die Regierungsausgaben im Bildungsbereich zu steigern, die Bildungsstrukturen zu optimieren, die Schulpflicht endlich zu verwirklichen, den allgemeinen Zugang zur tertiären Bildung schneller zu ermöglichen und die Berufsschulbildung tatkräftig zu entwickeln. Zur Qualitätssteigerung sollen Curricula reformiert, Prüfungssysteme verbessert, die Belastung der Schüler in der Primar- und Sekundarstufe gesenkt und Lehrer besser ausgebildet werden. Armen Schülern soll finanziell geholfen werden, um den gleichen Bildungszugang für alle zu erreichen. Private Bildungsträger sollen ermutigt werden.

China hat zwar mit 35 Mio. Menschen die weltweit größte Anzahl von Arbeitskräften mit wissenschaftlichen und technologischen Qualifikationen, hinkt aber dennoch in Forschung und Entwicklung sowie bei Innovationskapazitäten hinter den entwickelten Ländern her, wie am Tag nach Hus Rede Bildungsminister Zhou Ji und der stellvertretende Wissenschaftsminister Li Xueyong betonten. Der „Talentpool“ sei nicht stark genug, die Qualität der Hochschulbildung sei hier der kritische Punkt. Dies solle sich in den nächsten fünf Jahren ändern. Die Bildungsbehörden wollen u.a. landesweit die Qualität der Doktoranden-



programme evaluieren. Die Zahl der Doktoranden ist von 67.300 im Jahr 2000 auf 208.000 im Jahr 2006 gestiegen. (CCTV-1, 15.10.07, nach BBC PF, 16.10.07; ST, 17.10.07; XNA, 8.10.07)

### **Pflichtschulbildung in Westchina**

Die Einführung der 9-jährigen Pflichtschule hat sich als weit schwieriger erwiesen, als es die chinesischen Bildungspolitiker geplant hatten (vgl. dazu C.a., 3/2003:578ff.). Das Ziel, sie bis zum Jahr 2000 im Wesentlichen zu verwirklichen, musste verschiedentlich verschoben werden, wobei die Gründe vielfältig sind, zu einem großen Teil aber auch am relativen Rückzug der Zentralregierung aus der Bildungsfinanzierung liegen. Am 15. November verkündete Staatsrat Chen Zhili, dass die Pflichtschule bis Ende 2007 in den Westregionen Chinas grundsätzlich verwirklicht sei. Bisher hätten 368 der 410 ärmsten Kreise im Westen die 9-jährige Pflichtschule eingeführt, die Übrigen würden immerhin sechs Schuljahre gewährleisten. Bis zum Jahresende sollen dann insgesamt 98% der Kinder in diesen Kreisen neun Jahre zur Schule gehen.

Das Programm zur Erfüllung dieses Ziels wurde im Jahr 2004 gestartet. Bis zum Jahr 2007 wird die Zentralregierung 10 Mrd. CNY für den Bau von 7.600 Internaten zur Unterbringung von rund vier Mio. Schülern aus 953 Kreisen investiert haben. Internate sind eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung der Schulpflicht, da die Schüler aus den Dörfern sonst keine Möglichkeit haben, die entfernt liegenden Schulen zu erreichen. Außerdem hat die Regierung im Jahr 2006

begonnen, einen speziellen Fonds einzurichten, um Hochschulabsolventen dazu anzuregen, in ländlichen Gebieten zu unterrichten. Mit dem Rückgang der staatlichen Finanzhilfen war die Bezahlung der Lehrer durch die Lokalregierungen z.T. so schlecht geworden, dass sich kaum noch Lehrer zur Unterrichtsaufnahme bereitfinden.

Insofern hat die Regierung den Lokalregierungen jetzt auch zusätzliche Mittel zugesagt, als sie bekannt gab, dass ab dem Jahr 2008 auch in den städtischen Gebieten die Schulgebühren für die ersten neun Jahre Schule entfallen. In den ländlichen Gebieten waren die Gebühren schon im Jahr 2006 und in Zentral- und Ostchina schon in diesem Jahr erlassen worden. Die zusätzlichen Regierungsmittel sollen zur Verbesserung ungenügender Klassenräume und zur Unterstützung bedürftiger Schüler dienen. (XNA, 10., 15., 27.11.07)

### **Mondsüchtig**

Technischer Fortschritt ist gut geeignet, den Nationalstolz zu fördern, vor allem wenn ein Land seine „unabhängige“ Innovationsfähigkeit demonstrieren will. Wohl nicht ganz zufällig schickte China daher kurz nach dem XVII. Parteitag, am 24. Oktober 2007, erstmals eine Sonde zum Mond und feierte dieses Ereignis ausgiebig in den Medien. „Das Mondfee-Projekt ist ein Zeichen der zunehmenden Macht und Stärke Chinas, es soll den Zusammenhalt des chinesischen Volkes stärken“, erklärte der Projektleiter Pei Zhaoyu in der *Xinjing Zeitung*. China wolle so auch seine Interessen im Weltraum schützen und künftig bei Abmachungen zur Erschließung von

Bodenschätzen auf dem Mond mitreden.

Die Sonde „Mondfee“ (*Chang'e*) wurde von einer Rakete des Typs „Langer Marsch 3“ in den Weltraum geschickt; sie soll den Mond ein Jahr lang umkreisen und dreidimensionale Aufnahmen senden. In einer weiteren Phase des Mondprogramms soll im Jahr 2012 ein unbemanntes Fahrzeug auf dem Mond landen. Im Jahr 2017 sollen dann Boden- und Gesteinsproben zur Erde zurückgebracht werden und auch die Landung von Menschen auf dem Mond ist als Fernziel anvisiert worden, einen Zeitplan gibt es dafür aber noch nicht. Am 7. November trat die Sonde in die vorgesehene Mondumlaufbahn ein und nahm dann am 20. November nach zahlreichen Tests ihre Arbeit auf. Nach dem Empfang ihrer ersten dreidimensionalen Bilder veröffentlichten das Zentralkomitee der Partei, der Staatsrat und die Zentrale Militärkommission eine gemeinsame Glückwunschschaft und sprachen von einem „vollen Erfolg“.

Mit dem Start der Mondsonde hat China im Wettlauf der asiatischen Mächte im Weltall mit Japan gleichgezogen; Indien will im Jahr 2008 mit einer Sonde nachziehen. Allerdings betont die chinesische Regierung, dass sie sich nicht im Wettstreit mit irgendeinem Land sehe und die Ergebnisse der Mondexploration mit der gesamten Welt teilen werde. China unterstreicht immer wieder die friedliche Intention seines Raumfahrtprogramms und erklärte sein ernsthaftes Interesse, mit den Vereinigten Staaten von Amerika bei der Weltraumforschung und an dem Projekt der Internationalen Raumstation zusammenzuarbeiten. Dennoch wird das Programm in-

ternational mit Argwohn betrachtet, besonders nachdem im Januar 2007 ein ausgedienter Wettersatellit mit einer Rakete abgeschossen wurde. Joan Johnson-Freese vom Naval War College in Rhode Island zog eine Verbindung zu den Regionalisierungsprozessen in Asien: „Showing you have technical capability certainly lends the idea that you are the leading country in the region“.

Die chinesische Führung bleibt dennoch bei ihrer Version der friedlichen und vor allem wissenschaftlich bedeutsamen Mission. Ein Projekt dieser Größe, betonte auch die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua unter Verweis auf das US-amerikanische Raumprogramm, könne durch das Zusammenführen von Hochtechnologien aus verschiedensten Disziplinen zu einem Quantensprung in der S&T-Entwicklung führen. Aber es wird auch stets ein weiteres Ziel angesprochen: die nationale Einheit, die man hoffe, durch den nationalen Stolz auf das Errungene zu fördern. Nach dem Empfang der ersten Bilder erklärte Ministerpräsident Wen: „This is an important embodiment of the marked enhancement of our country's comprehensive national strength and the steady improvement of our country's independent innovative capability and science and technology standards, and it has vital current significance as well as profound and far-reaching historical significance for elevating our country's international status and *enhancing national cohesion*. This will surely inspire further the *people of all ethnic groups across the nation* to work hard to build an innovative country and to accelerate the process of modernization.“ (Her-



vorhebung GS) (XNA, 16., 23.-30.10., 18., 20., 26.11.07; HB, 24.10.07; NZZ, 25.10., 8.11.07; FAZ, 25.10.07; WSJ, 24.10.07; XNA, 26.11.07, nach BBC PF, 28.11.07)

## Gesellschaft

Günter Schucher

### Hu Jintao fordert soziale Gerechtigkeit

„Wir müssen auch soziale Fairness und Gerechtigkeit gewährleisten und beständig soziale Harmonie durch Entwicklung fördern“, forderte Hu Jintao, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, in seinem Bericht an den XVII. Parteitag und verwies damit auf eines der zentralen Probleme (und Erfordernisse) in der chinesischen Gesellschaft. Gerechtigkeit und Harmonie, so Hu, seien ein unbedingtes Erfordernis zur tatsächlichen Verwirklichung des neuen „Wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“, das er im dritten Abschnitt seiner Rede als vorläufige letzte ideologische Er rungenschaft und neue Leitlinie der chinesischen Kommunisten darstellte.

Etwas konkreter wurde er dann im achten Abschnitt, in dem er auf die „Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes“ zu sprechen kam. In fünf Punkten machte er mehr oder weniger direkt deutlich, wo es überall an Gerechtigkeit mangelt: in der Bildung („Bildungsgerechtigkeit ist eine wichtige Grundlage für soziale Gerechtigkeit“), auf dem Arbeitsmarkt („gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten für Stadt- und Landbewohner sichern“), beim Einkommen („gerechte Einkommensverteilung

ist ein wichtiger Indikator für soziale Gerechtigkeit“), bei der sozialen Absicherung („soziale Sicherheit ist eine wichtige Garantie für soziale Stabilität“) und im Gesundheitswesen („Gesundheit bildet die Grundlage für die allseitige Entwicklung des Volkes und hat direkten Einfluss auf das Glück jeder Familie“).

Grundsätzlich, so der sechste und letzte Punkt, müsse die Partei das soziale Management verbessern und soziale Stabilität und Einheit gewährleisten. Stabilität sei die gemeinsame Sehnsucht des chinesischen Volkes und eine wichtige Voraussetzung für Reform und Entwicklung. Die parallele Nennung von Stabilität und Einheit verweist dabei zum einen auf die große Bedeutung, die beiden Zielen für den Erhalt des Systems beigemessen wird, könnte aber auch so gelesen werden, dass die Kräfte, die ihre Interessen – zum Beispiel zur Gleichstellung von Migranten oder zur Verbesserung der Arbeitssicherheit (beides wird hier erwähnt) – offen vertreten, mit den ebenfalls hier genannten Kriminellen und Separatisten in einen Topf geworfen werden.

Etwas zynisch klingt auch die Aufforderung, Widersprüche im Volk angemessen zu behandeln und das System der Abwicklung von Beschwerden in Form schriftlich oder persönlich vorgebrachter Petitionen zu verbessern, wenn man bedenkt, dass gerade vor und während des Parteitags nicht nur alle Petitionäre an der Abgabe von Beschwerden gehindert wurden, sondern auch das sog. Petitionsdorf, wo diese auf die Behandlung ihrer Anliegen warten, geräumt wurde. Die *South China Morning Post* berichtete z.B. von einer Petition bzw.